

Dramatische Inzidenzzahlen in Chorweiler - Politiker aus dem Kölner Norden reagieren

30. April 2021



Durch die sehr hohen Inzidenzzahlen ist Chorweiler bundesweit in die Schlagzeilen geraten. Nun melden sich mehrere Politiker aus dem Kölner Norden zu Wort. Die SPD-Mandatsträger Rolf Mützenich (MdB), Andreas Kossiski (MdL), Inan Gökpınar (Fraktionsvorsitzender der SPD in der BV Chorweiler) und Vorsitzender der SPD im Kölner Norden Mattis Dieterich kritisieren in ihrer heutigen Pressemitteilung die Corona-Politik der Stadt Köln scharf. Sie werfen der Stadt Untätigkeit in den letzten Wochen vor und fordern konkrete Maßnahmen:

1. Impfungen im Veedel durchzuführen
2. Multiplikatoren vor Ort in die Kommunikation einzubinden
3. Beratung und Unterstützungsangebote für die Menschen vor Ort anzubieten
4. Die Impfungen mehrsprachig zu kommunizieren

Roggendorf/Thenhofen	683,0
Chorweiler	543,4
Lindweiler	459,2
Merkenich	426,3
Volkhoven/Weiler	316,8
Seeberg	305,5
Blumenberg	283,2
Heimersdorf	241,6
Worringen	205,3
Pesch	193,4
Esch/Auweiler	186,1
Fühlingen	47,8

Stadt Köln: 230,0 (Stand 28.04.2021)

Quelle: Stadt Köln

Inzidenzzahlen im Bezirk Chorweiler, Stand 28.04.2021

Zum Schluss heißt es: “Alle Menschen in Köln müssen die gleichen Chancen auf ein Impfangebot haben und die Unterstützung bekommen, die sie für die einzelnen Schritte auf dem Weg zur Impfung benötigen. Impfungen müssen dezentral und niedrigschwellig angeboten werden. Das Impfen darf nicht zur sozialen Frage werden. Dieselben Fehler beim Testen dürfen beim Impfen nicht wiederholt werden. Die Stadt muss jetzt handeln!”

Pressemitteilung der SPD (Bitte auf die Überschrift klicken)

Die Stadt muss jetzt handeln!

Mit großer Sorge und Unverständnis nehmen wir die Untätigkeit der Stadt Köln in den letzten Wochen wahr. Bereits vor über einem Monat hat das Fraunhofer-Institut eine Studie zur Entwicklung der Corona-Pandemie in der Stadt Köln veröffentlicht. Die Studie hat das bewiesen, was wir seit Monaten befürchtet haben. Es war ein klarer Zusammenhang zwischen dem sozialen Hintergrund und den hohen Infektionszahlen in einigen Stadtteilen zu erkennen. Gerade der Stadtbezirk Chorweiler war mit dem höchsten Inzidenzwert von allen Kölner Stadtbezirken stark getroffen. Monatelang waren unsere Forderungen nach einem flächendeckenden Ausbau der Testinfrastruktur nicht gehört worden. Die Stadt Köln hatte sich aus der Verantwortung gestohlen und auf eine private Testinfrastruktur gesetzt. Dabei war offensichtlich, dass die private Testinfrastruktur in den Stadtteilen aufgebaut werden würde, in denen der höchste Profit generiert wird. Erst nach der Veröffentlichung der Studie des Fraunhofer-Instituts hat die Stadt Köln kommunale Testzentren in Chorweiler,

Mülheim, Finkenberg, Kalk und Meschenich aufgebaut.

Köln steht jetzt an einem Scheideweg bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Die veröffentlichten Infektionszahlen in den 86 Veedeln bestätigen den Eindruck der Fraunhofer-Studie auf dramatische Weise. Während der Inzidenzwert in Chorweiler bei 520,1 liegt, gibt es keine positiv Getesteten im Hahnwald. Wir kämpfen seit Monaten für die Menschen im Kölner Norden und fühlen uns von der Stadt komplett vernachlässigt. Angesichts der schlechten ärztlichen Infrastruktur und der fehlenden Unterstützungsangebote für viele Menschen in Chorweiler und Umgebung steht die Impf-Kampagne vor großen Herausforderungen. Deshalb hat die Bezirksvertretung vor zwei Wochen einstimmig für ein Impfangebot im Kölner Norden gestimmt. Bisher aber ohne Reaktion von der Stadt.

Wir fordern angesichts der Ernsthaftigkeit der Lage die Stadt auf:

1. Impfungen im Veedel durchzuführen
2. Multiplikatoren vor Ort in die Kommunikation einzubinden
3. Beratung und Unterstützungsangebote für die Menschen vor Ort anzubieten
4. Die Impfungen mehrsprachig zu kommunizieren

Alle Menschen in Köln müssen die gleichen Chancen auf ein Impfangebot haben und die Unterstützung bekommen, die sie für die einzelnen Schritte auf dem Weg zur Impfung benötigen. Impfungen müssen dezentral und niedrigschwellig angeboten werden. Das Impfen darf nicht zur sozialen Frage werden. Dieselben Fehler beim Testen dürfen beim Impfen nicht wiederholt werden. Die Stadt muss jetzt handeln!

Rolf Mützenich, MdB für den Kölner Norden

Andreas Kossiski, MdL für den Kölner Norden

Inan Gökpınar, Fraktionsvorsitzender der SPD in der Bezirksvertretung Chorweiler

Mattis Dieterich, Vorsitzender der SPD im Kölner Norden

Auch die CDU-Bundestagsabgeordnete aus dem Kölner Norden Gisela Manderla wandte sich heute an die Presse. In Ihrer Mitteilung unterstützt sie Ideen zur

Aufhebung der Impfpriorisierung in Bezirken mit hoher Inzidenz. Auch sie betont die Wichtigkeit von Aufklärungs- und Informationskampagnen in mehreren Sprachen und stellt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Wohnungsbau oder der Stadtteilsanierung und der Entwicklung der Pandemie fest: "Wohnlage und Wohnsituation dürfen kein Nachteil beim Infektionsschutz sein, daher müssen wir jetzt gemeinsam, entschlossen und unbürokratisch handeln."

**Pressemitteilung von Gisela Manderla, CDU-Bundestagsabgeordnete
(Bitte auf die Überschrift klicken)**

Manderla unterstützt Ideen zur Aufhebung der Impfpriorisierung in Bezirken mit hoher Inzidenz

In Bezirken mit hohen Inzidenzen müssen jetzt rasch Impfangebote abweichend von der Priorisierung gemacht werden. Ich habe dem nordrhein-westfälischen Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann bereits in der vergangenen Woche einen entsprechenden Vorschlag gemacht und stehe in dieser Frage auch im engen Austausch mit der Kassenärztlichen Vereinigung und dem Impfzentrum Köln. Daher unterstütze und begrüße ich die Absicht, in den betroffenen Stadtbezirken wie z.B. Chorweiler Sonderimpfungen unabhängig von Alter oder Vorerkrankung zu organisieren.

Darüber hinaus brauchen wir noch mehr Aufklärungs- und Informationskampagnen in mehreren Sprachen. Die begonnene Sanierung der Hochhäuser in dicht besiedelten Bezirken war zudem erst der Anfang. Schlechte Wohnverhältnisse begünstigen nach einer aktuell veröffentlichten Studie höhere Infektionszahlen. Fragen des Wohnungsbaus oder der Stadtteilsanierung stehen also im unmittelbaren Zusammenhang zur Entwicklung der Pandemie. Wohnlage und Wohnsituation dürfen kein Nachteil beim Infektionsschutz sein, daher müssen wir jetzt gemeinsam, entschlossen und unbürokratisch handeln.

Alexander Litzenberger